

Presseinformation

17. September 2019

GEW unterstützt Fridays for future

GEW: Bildung für nachhaltige Entwicklung gehört zum Bildungsauftrag

Die Bildungsgewerkschaft GEW erklärt sich solidarisch mit der Klima-Bewegung Fridays for Future.

„Das Verhalten von Pädagog/innen ist sehr bedeutsam für die Stimmung in den Schulen. Mit schul- und unterrichtsbezogenen Projekten, die die Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ aufgreifen, mit außerunterrichtlichen Veranstaltungen, die anschaulich die Folgen des Klimawandels und Handlungsoptionen aufzeigen, können sich Schulen an den Aktionen des 20. September beteiligen. Wir rufen die Beschäftigten in den Schulen und allen Bildungseinrichtungen dazu auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu beteiligen. Ich bin davon überzeugt, dass die Schulleitungen konstruktive Lösungen finden, wenn sich Schülerinnen und Schüler an den Streikaktionen beteiligen. Harte Strafen und Bußgelder sind nicht angemessen“, sagte am Dienstag (17.09.) in Bad Mergentheim Jana Kolberg, Kreisvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Die GEW ermutigt ihre Mitglieder, vor Ort die Bewegung zu unterstützen. Die größte bildungspolitische Interessenvertretung engagiert sich in vielfältiger Weise für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und bekennt sich dabei zu den umfassenden UN-Entwicklungszielen, die soziale und ökologische Ziele in systemischer Weise miteinander verbinden. „Kinder und Jugendliche sind von den Folgen des Klimanotstandes in besonderer Weise betroffen. Nicht nur, weil die Folgen sich in der Zukunft abspielen, sondern weil es bereits heute eine ungeheure politisch-emotionale Berührung mit der Thematik gibt. Es geht darum, Klimaschutzziele schnellstmöglich durch konkrete Maßnahmen zu erreichen. Bildung für nachhaltige Entwicklung gehört zum unmittelbaren Bildungsauftrag“, sagte Kolberg.

Die GEW freut sich, wenn sich Beschäftigte, die zu der Zeit keine dienstlichen Verpflichtungen haben, am „Klima-Streik“ beteiligen. „Unausweichliche Kosten des Klimawandels dürfen die Ärmern nicht noch weiter belasten. Dies gilt in Deutschland und außerhalb Deutschlands. Sich dafür einzusetzen, ist nicht alleinige Aufgabe der Schülerinnen und Schüler. Das ist auch eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften“, sagte Kolberg.

Weitere Informationen: www.gew-bw.de/fff